

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Postleitzahl 1082

Freitag, 22. April 1966

Blatt 979

Krankenschwestern als Mannequins

=====

Modeschau-Publikum soll neue Schwesternkleidung bestimmen

22. April (RK) Am Donnerstag, dem 28. April, findet um 19.30 Uhr in der R-Halle des Messepalastes eine Modeschau statt, von der man mit Fug und Recht behaupten kann, daß sie aus dem Rahmen der sonst üblichen Modeschauen fallen wird. Bei dieser Veranstaltung werden nämlich nicht Mannequins, sondern Wiener Krankenschwestern die Modelle vorführen. Sie werden diese Modelle aber auch nicht so vorführen, wie es sonst Mannequins tun, sondern sie werden gleichsam ihren Arbeitsplatz, nämlich das Krankenzimmer, auf den Laufsteg verlegen, wenn sie dem fachkundigen Publikum die rund 40 Modelle der neu entworfenen Schwesternkleidung zeigen.

Diese 40 Modelle wurden von einer Jury aus mehr als 500 Entwürfen ausgesucht, die im Rahmen eines Wettbewerbs von Schülerinnen der Modeschule der Stadt Wien in Hetzendorf, von Krankenschwestern selbst, von drei Firmen der Bekleidungsindustrie und nicht zuletzt auch von Lesern einer Wiener Tageszeitung eingereicht wurden. Zu diesem Wettbewerb hatte Personalstadtrat Hans Bock Anfang November vergangenen Jahres eingeladen. Der Jury, die die engere Auswahl aus den Entwürfen traf, gehörten außer Stadtrat Bock auch Gesundheitsstadtrat Dr. Glück, Modeschuldirektor Professor Liewehr, der Leiter des Anstaltenamtes der Stadt Wien, Senatsrat Dr. Widmayer, drei weitere Vertreter des Anstaltenamtes und drei Lehrkräfte der Modeschule an.

./.

Eine weitere Besonderheit dieser besonderen Modeschau wird sein, daß die 1.100 eingeladenen Zuschauer, unter denen sich allein rund 1.000 Krankenschwestern nicht nur aus Wien, sondern auch aus den Bundesländern befinden, darüber abstimmen werden, welche Modelle die geeignetsten sind. Sie werden ihre Wahl auf der Rückseite der Eintrittskarte vermerken. Jene Modelle, auf die die meisten Stimmen entfallen, sollen dann noch längere Zeit in der Praxis erprobt werden, ehe man über die neue Tracht endgültig entscheiden wird.

Eine Reihe von bekannten Künstlern wird das Rahmenprogramm dieser "Schwestern-Modeschau" bestreiten: Elfriede Ott, Alwarah Gomez (Santa Domingo), Ilse Hanel (Landestheater Salzburg), Fritz Muliar, Peter Wehle, Peter Heinz Kersten, Prof. Dr. Erik Werba, Norbert Pawlicki und seine Solisten, Franz Bielek (Balalaika) und schließlich der Country Music Club Vienna, der mit einer großen "Country and Western Musik Show" aufwarten wird. Die Conference hat Willy Kralik, die "mädi-zynische" Betreuung Ernst Hagen übernommen.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, Berichterstatter und Foto-reporter zu dieser Veranstaltung zu entsenden. Zeit: Donnerstag, 28. April, 19.30 Uhr (Ende zirka 22 Uhr). Ort: R-Halle des Messepalastes, Wien 7.

- - -

Professor DDr. Joseph M. Bochenski beim 9. Europa-Gespräch
=====

22. April (RK) Das 9. Europa-Gespräch der Stadt Wien ist für 14. bis 18. Juni in der Volkshalle des Wiener Rathauses anberaumt. Das Thema der Veranstaltung, die sich bereits in den vergangenen Jahren zu einem internationalen Europa-Diskussionsforum entwickelt hat, lautet diesmal: "Der Einzelne und die Gemeinschaft in Ost und West." Namhafte Persönlichkeiten aus 15 Ländern werden am Europa-Gespräch 1966 mitwirken und zum obigen Thema Stellung nehmen.

Unter den Teilnehmern befindet sich auch Professor DDr. Joseph M. Bochenski. Professor DDr. Joseph M. Bochenski wurde im Jahr 1902 in Zentralpolen geboren. Er studierte Jura und Volkswirtschaft. Nach Eintritt in den Dominikanerorden emigrierte er im Jahr 1928 in die Schweiz, wo er an der Universität Freiburg Philosophie studierte. Danach widmete er sich dem Studium der Theologie in Rom und promovierte zum Doktor beider Disziplinen. Anfangs lehrte er als Professor am Angelium in Rom, dann habilitierte er sich an der Universität Krakau. Seit 1945 ist Professor DDr. Joseph M. Bochenski Ordinarius für Philosophie an der Universität Freiburg. In den Vereinigten Staaten lehrte er an der "University of California" in San Francisco, an der "Notre Dame University" im Staate Indiana und an der Universität von Kansas City und New York im Rahmen eines Lehrauftrages als Gastprofessor.

Professor DDr. Joseph M. Bochenski war zweimal Dekan der Philosophischen Fakultät an der Universität Freiburg und wurde im Jahr 1964 zum Rektor der Universität gewählt. Er hat diese Position bis zum heutigen Tage inne.

Professor DDr. Joseph M. Bochenski ist seit 1956 Direktoriumsmitglied des Ost-Kollegs in Köln. Im Jahre 1958 wurde er zum Direktor des Osteuropa-Instituts an der Universität Freiburg ernannt. Auch dieses Amt bekleidet er noch jetzt. Ferner ist er Mitglied der Internationalen Akademie für Philosophie und Wissenschaften und der Internationalen Vereinigung der Gesellschaft zur Pflege der Logik, deren vormaliger Präsident er war.

Professor DDr. Joseph M. Bochenski ist in erster Linie Logiker und zwar widmet er sich insbesondere der Geschichte der formalen Logik. Seine Arbeiten in dieser Richtung zeitigten die Werke: "Formale Logik", "Zeitgenössische Denkmethode" und "The Logic of Religion". Heute ~~noch~~ **ist Professor DDr. Joseph M. Bochenski** in der Logik - vor allem aber in der systematischen Logik - **tätig.** Für ihn bedeutet Logik mathematische Logik. Er war jahrelang einer der wenigen Vertreter dieser Disziplin unter den kontinentalen Philosophen.

- - -

Umleitung der Autobus-Anschlußlinie 49

=====

22. April (RK) Ab Montag, den 25. April, von 10.00 Uhr an, werden wegen einer Wasserrohrlegung in der Anzbachgasse die Autobusse der Anschlußlinie 49 in Richtung zum Bierhäuselberg anstatt über die Wolfersberggasse und weiter über die Linzer Straße - Samptwandnergasse - Bierhäuselberggasse abgelenkt und nur bis zur Anzbachgasse geführt. Die Rückfahrt erfolgt über die gleiche Strecke wie bisher.

- - -

Ab Montag absolutes Gürtelhalteverbot
=====

22. April (RK) Nun ist es so weit: ab Montag, den 25. April, tritt das schon seit längerer Zeit angekündigte absolute Halteverbot zu beiden Seiten des Gürtels durch die Aufstellung der Tafeln in Kraft. Das Halteverbot gilt am Inneren Gürtel zwischen Eichenstraße und Lichtenwerder Platz, am Äußeren Gürtel zwischen Döblinger Hauptstraße und Eichenstraße. Ab Montag wird man also auch auf der rechten Fahrbahnseite nicht halten dürfen. Die Verkehrsbehörden erhoffen sich von dieser Maßnahme eine bedeutende Steigerung der Leistungsfähigkeit des Gürtels.

Die Neuregelung am Gürtel sieht folgendermaßen aus: Das Halteverbot auf der linken Seite besteht ja schon seit Jahren. Auf der rechten Seite gilt das Halteverbot in den Spitzenzeiten von 7 bis 9 Uhr und von 16 bis 19 Uhr. Zwischen 9 und 16 Uhr sind nur Zustelldienste von dem Halteverbot ausgenommen. In der Nachtzeit von 19 bis 7 Uhr früh ist das Parken erlaubt.

- - -

Am Montag Ständchen im Rathaus-Arkadenhof
=====

22. April (RK) Zum kommenden Wochenende treffen 80 Marineschüler der Stiftung Giorgio Cini aus Venedig zu einem Besuch in Wien ein. Sie bringen auch eine Musikkapelle mit, die Bürgermeister Bruno Marek am Montag, dem 25. April, um 11 Uhr, im Arkadenhof des Rathauses ein Ständchen bringen wird.

- - -

Sitzung des Wiener Landtages

=====

22. April (RK) Unter dem Vorsitz von Landtagspräsident Dr. Wilhelm Stemmer fand heute vormittag eine Sitzung des Wiener Landtages statt. Es lagen eine Anfrage der KLS sowie ein Antrag der ÖVP, betreffend die Novellierung des Blindenbeihilfengesetzes, vor. Die beiden ersten Punkte der Tagesordnung umfaßten die Wahl von drei Mitgliedern des Bundesrates und eines Mitgliedes des Immunitätskollegiums.

Die Wahl dreier neuer Bundesräte ist notwendig geworden, weil die bisherigen Bundesräte Leopold Gratz, Gertrude Wondrack (SPÖ) und Karl Titze (ÖVP) zu Nationalratsabgeordneten gewählt wurden und daher ihre Mandate als Mitglieder des Bundesrates zurückgelegt haben. An Stelle der beiden erstgenannten wählt der Landtag mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und KLS auf Vorschlag der SPÖ-Nationalrat a.D. Hella Hanzlik und Hans Böck, an Stelle des letztgenannten auf Vorschlag der ÖVP Nationalrat a.D. DDr. Kurt Neuner.

Landtagspräsident Dr. Stemmer übermittelt den neugewählten Bundesräten die Glückwünsche des Landtages, dankt den ausscheidenden Mitgliedern des Bundesrates sowie des Landtages für ihre Tätigkeit und wünscht ihnen für ihre künftige Arbeit viel Erfolg.

An Stelle des wegen seiner Wahl zum Nationalratsabgeordneten aus dem Immunitätskollegium ausscheidenden bisherigen Landtagsabgeordneten Robert Weisz wählt sodann der Landtag mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP den Landtagsabgeordneten Franz Ascherl (SPÖ) zum neuen Mitglied des Immunitätskollegiums.

Änderungen des Pflichtschulorganisationsgesetzes

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung referiert Stadtrat Gertrude Sandner. Der von ihr vorgelegte Antrag sieht verschiedene Änderungen des Wiener Pflichtschulorganisationsgesetzes vor, und zwar sollen mehrere Ausführungsbestimmungen dieses Gesetzes der neuen Rechtslage angeglichen werden.

Die wichtigste Änderung betrifft die Erhöhung der Höchstzahl der Schüler einer Klasse von 36 auf 40 beziehungsweise von 32 (im zweiten Klassenzug) auf 36. Diese Höchstzahlen dürfen jeweils für die Dauer eines Schuljahres nur dann überschritten werden, wenn ihre Einhaltung "aus nicht behebbaren personellen oder räumlichen Gründen undurchführbar ist". Die Referentin bezeichnet diese Änderung als Hilfe für jene Bundesländer, die an akutem Lehrermangel leiden.

In der Debatte erklärt sich als erster Redner Landtagsabgeordneter Peter (FPÖ) bis auf eine Ausnahme mit den Änderungen des Gesetzes einverstanden. Diese Ausnahme betrifft die Erhöhung der Schülerhöchstzahlen, die er als nicht wünschenswert bezeichnet, auch nicht unter den angegebenen Voraussetzungen. Da in Wien weder Lehrer- noch Schulraummangel herrsche, sei nicht einzusehen, warum hier eine solche Erhöhung durchgeführt werden soll. Die Lehrer seien auch jetzt schon mit Arbeit überlastet. Abgeordneter Peter verlangt daher getrennte Abstimmung über diesen Punkt der Vorlage.

Abg. Bittner (ÖVP) ging ebenfalls auf die Gesetzesstelle ein, die die Schülerhöchstzahlen einer Klasse regelt. Wien sei weder räumlich noch personell dazu gezwungen, von der Bestimmung Gebrauch zu machen, die eine Erhöhung der Schülerhöchstzahlen auf 40 beziehungsweise 36 ermöglicht. Die Gesetzesstelle sei in erster Linie als Hilfe für die Bundesländer gedacht und ist bis Herbst 1968 terminisiert. Aber auch Wien könne nicht hundertprozentig sicher sein, daß es in den nächsten Jahren nicht mit Lehrermangel zu kämpfen haben werde. Vorläufig habe Wien jedoch keinen Engpaß bei den Lehrkräften, vor allem deshalb, weil hier nur 5 Prozent (ab Herbst 5,5 Prozent) der Bevölkerung im Pflichtschulalter stehen, während dieser Prozentsatz in den Bundesländern zwischen 11,5 und 14 Prozent liegt. Der oft zitierte "Lehrerüberschuß" in Wien von 600 Kräften sei in Wirklichkeit aber nicht vorhanden, weil viele der 600 Vorgemerkten ihre Anmeldung für einen Posten in Wien nicht zurückziehen, wenn sie aus persönlichen Gründen darauf nicht mehr ernstlich reflektieren. Dennoch sei Wien im Verhältnis zu den Bundesländern auf dem Lehrersektor sehr gut dran.

In den Bundesländern gibt es Tausende von unbesetzten Dienstposten. Diese Situation müsse durch Werbung und materielle Besserstellung der Lehrer erleichtert werden, damit Österreichs Jugend jene Bildung erhalten kann, auf die sie Anspruch hat.

Abg. Gawlik (SPÖ) nahm zum Berufsschulwesen in Wien Stellung, das er als vorbildlich bezeichnete. In den Wiener Berufsschulen werden 28.073 Schüler von 749 Fachlehrern unterrichtet. Gegenüber den großen Anstrengungen, die die Stadt Wien für eine optimale Ausbildung der werktätigen Jugend unternimmt, ist die Haltung der Lehrherren nicht befriedigend. Die Unternehmer sind nur zögernd bereit, geplanten Maßnahmen zur Verbesserung der Berufsausbildung ihrer Lehrlinge zuzustimmen. Schon 1962 hat der Österreichische Wirtschaftsbund gegen die Formulierung Einspruch erhoben, daß "mindestens" ein Tag in der Woche als Schultag gewidmet werden müsse. In der Ersten Republik war man noch fortschrittlicher: 1925 hat beispielsweise die Innung der Maler und Anstreicher von sich aus eineinhalb Schultage für ihre Lehrlinge verlangt, die auch bis heute gehalten werden.

Es ist daher sehr zu begrüßen, daß die heute verhandelte Novelle das Wörtchen "mindestens" enthält. Dadurch wird keineswegs eine "Verschulung" der Berufsausbildung heraufbeschworen, denn in unseren Berufsschulen gibt es einen durchaus praxisnahen Unterricht.

Der Redner verweist sodann auf moderne Regelungen des Berufsschulwesens in der Schweiz und in Deutschland und betont abschließend, daß die Schule heute ganz allgemein an Bedeutung zunimmt, weil die Berufstätigkeit der Frau die Schule dazu nötigt, immer mehr Erziehungsaufgaben zu übernehmen, die früher der Familie oblagen.

Abg. Ascherl (SPÖ) stellt fest, daß aus den erläuternden Bemerkungen zum Gesetzentwurf hervorgeht, daß wir unser Wiener Ausführungsgesetz auch den geänderten Bestimmungen des Bundesgesetzes anpassen müssen. Er bezeichnet diese Angleichung vor allem im Bezug auf die Festsetzung der Schülerhöchstzahl als große Härte, die ihre einzige Milderung darin findet, daß diese Erhöhung befristet ist. Sicherlich ist die Situation in den Bundes-

ländern schwieriger als in Wien. Dort ist man oft nicht einmal in der Lage, die Zahl 40 einzuhalten, weil es an den notwendigen Lehrern fehlt. Das Kollegium des Stadtschulrates hat bei Beschlußfassung im Parlament bereits an alle zuständigen Stellen appelliert, alles zu unternehmen, um die im Schulorganisationsgesetz festgelegte Schülerhöchstzahl nicht überschreiten zu müssen.

Wenn die SPÖ-Fraktion der Gesetzesvorlage zustimmt, dann tut sie es vor allem deshalb, weil sie in ihr nur eine Übergangssituation sieht und weil wir wissen, daß die Sozialisten in der Ersten Republik genauso wie in der Zweiten alles getan haben, um das Wiener Schulwesen gut zu gestalten. Daß dem so ist, sollen einige Zahlen beweisen: Am 1. Februar 1966 hatten wir in unseren Volksschulen beispielsweise eine Durchschnittsklassenschülerzahl von 30,9 Kindern, in den Hauptschulen wurde die Zahl 29,6 errechnet, an den Sonderschulen beträgt die durchschnittliche Klassenschülerzahl 14,5. Bei einem Vergleich mit Zahlen, die sich auf ganz Österreich beziehen, schneidet Wien hier überaus gut ab. In Wien haben wir im Schuljahr 1965/66 von den 833 Hauptschulklassen 426, also mehr als 50 Prozent, mit einer Schülerzahl bis zu 29, 336 Wiener Klassen mit einer Schülerzahl zwischen 30 und 36 und nur 71 Hauptschulklassen, bei denen die Schülerzahl zwischen 37 und 40 lag. Überschritten wurde die Zahl 40 bei keiner einzigen Hauptschulklasse, obwohl auch in Wien ein Ansteigen der Schülerzahl zu verzeichnen ist.

Es ist erfreulich, feststellen zu können, daß auch bei den Klassen des Polytechnischen Lehrganges, der ab Herbst einsetzt, die Wiener Klassen-Schülerzahl ebenfalls nur bei 30 liegen wird. In Wien wird zielstrebig und planmäßig an der Vorbereitung dieses 9. Schuljahres gearbeitet. Erfreulicherweise haben wir auf dem Gebiete des Lehrernachwuchses keine besonderen Schwierigkeiten.

Es ist in Wien sogar möglich, mehrere hundert Lehrerpersonen über die vom Bund bestimmte Zahl der Plätze nach dem Dienstpostenplan einzustellen und sie auch aus Landesmitteln zu bezahlen. Wien kann auch den Lehrpersonalstand laufend durch die Einstellung junger Lehrer ergänzen. Durch diese vorausschauende Personalpolitik ist es möglich, daß in Wien auf einen Lehrer 25 Volksschüler, im österreichischen Durchschnitt 31, 19 Hauptschüler (22), und elf Sonderschüler (13) kommen. In keinem anderen Bundesland liegen die Verhältnisse so günstig. Wien wird auch das erste Bundesland sein, in dem mit der neuen Form der Lehrerausbildung begonnen wird. Im Herbst 1966 werden im Pädagogischen Institut der Stadt Wien die entsprechenden Kurse eingerichtet werden. Wir sind uns darüber klar, daß die Kinder, die heute unsere Schulen besuchen, in einigen Jahren die tragende Schichte in unserer Bevölkerung sein werden. Daß diese Jugend dann bestehen kann, dafür haben wir gut vorzusorgen. Wien ist sich dieser Verantwortung bewußt.

Abg. Walzer (ÖVP) nimmt zu den Ausführungen des Abg. Gawlik Stellung, der seiner Ansicht nach einen, wenn auch versteckten Angriff gegen die Meisterlehre erhoben hat. Die Stadt müßte aber den Meistern, die sich der Aufgabe unterziehen, junge Menschen zu schulen und auszubilden, dankbar sein. Die Meisterlehre ist auch heute noch die praxisnahe Ausbildung. Sicherlich gibt es auch hier manchmal Schwierigkeiten, die gibt es aber auch anderswo. Manchmal lassen auch die Berufsschulen zu wünschen übrig. Er selbst ist noch immer der Meinung, daß die Berufsschule eine Ergänzung der Meisterlehre sei.

Man möge die Meisterlehre schätzen, denn sie ist zum Wohle der Jugend. Die Jugend hat noch nie in Österreich eine so große Chance zur Ausbildung gehabt. Sie braucht nur mit beiden Händen zuzufassen.

In ihrem Schlußwort hebt Stadtrat Gertrude Sandner nochmals hervor, daß wir auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen gezwungen sind, unser Gesetz dem Bundesgesetz anzupassen. Das sagt aber nicht, daß wir in Wien von diesen Bestimmungen Gebrauch machen müssen.

Was den sogenannten Überhang der Lehrer in Wien betrifft, verweist die Referentin darauf, daß die Direktoren der Wiener Schulen vom Unterricht freigestellt sind. Sie können ihre ganze Kraft der pädagogischen Arbeit widmen. Wien ist auch das einzige Bundesland, das jetzt schon in einem Schulversuch die Einrichtung der pädagogischen Akademie vorwegnimmt.

Abschließend erklärt die Referentin, daß die Diskussionsbeiträge eindeutig bewiesen hätten, daß in Wien Bildung und Wissenschaft und seit eh und je Vorrang genossen haben und nicht erst in jüngster Vergangenheit (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

Bei der Abstimmung wird auf Wunsch der FPÖ getrennt vorgegangen. Zunächst wird die Vorlage mit Ausnahme des Artikel 1, Ziffer 4 (Schülerhöchstzahlen in den Klassen) in erster Lesung einstimmig angenommen. Der Artikel 1, Ziffer 4, wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und KLS angenommen.

In zweiter Lesung wird das Gesetz einstimmig angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt, Präsident Dr. Stemmer schließt die Sitzung.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Neue Direktverbindung Döbling-Brigittenau

=====

22. April (RK) Die Fahrbahn der Lorenz Müller-Gasse im 20. Bezirk, ist soweit hergestellt, daß sie Montag, den 25. April, dem Verkehr übergeben werden kann.

Mit diesem Straßenstück wurde eine direkte Verbindung zwischen der Gunoldstraße in Döbling und der Adalbert Stifter-Straße in der Brigittenau geschaffen. Die Nebenanlagen dieser Straße, wie Gehsteige und Grünflächen, sind jedoch noch nicht fertiggestellt. Auch der endgültige Fahrbahnbelag wird aus technischen Gründen erst zu einem späteren Zeitpunkt aufgebracht werden.

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

=====

22. April (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit:
Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obst-
sorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Glassalat 2.50 bis 4 S je Stück, Blätterspinat
4 bis 4.80 S, italienischer Kochsalat 8 bis 10 S je Kilogramm.

Obst: Italienische Apfel 6 bis 10 S, Bananen 8 bis 9 S,
spanische Orangen 7 bis 8 S je Kilogramm.

- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:

Sitzung des Wiener Gemeinderates

=====

22. April (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Bruno Marek trat anschließend an den Landtag der Wiener Gemeinderat zusammen. Anfragen lagen vor von der KLS drei, von der FPÖ zwei, von der ÖVP eine, Die ÖVP hatte einen Antrag betreffend "Schaffung eines Budgetausschusses" sowie einen Antrag betreffend "Einplanung von Einzelräumen bei Montagebauten" eingebracht. Die Anträge wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

An Stelle der in den Nationalrat gewählten Gemeinderäte Erwin Lanc (SPÖ), Erich Kabesch (ÖVP), Wilhelm Liwanco (SPÖ) und Robert Weisz (SPÖ) wurden vier neue Gemeinderäte durch den Bürgermeister berufen: Adalbert Busta (5. Bezirk) SPÖ, Dr. Otto Friedrich Winter (7. Bezirk) ÖVP, Maximilian Eder (15. Bezirk) SPÖ, Richard Stockinger (19. Bezirk) SPÖ. Die neuen Gemeinderäte leisteten das Gelöbnis.

Bürgermeister Bruno Marek würdigte hierauf die Verdienste der ausgeschiedenen Gemeinderäte und sprach die Hoffnung aus, daß sie auch in ihrem neuen Wirkungskreis Wien nicht vergessen werden.

Wien als Sitz internationaler Organisationen

Anschließend wählt der Gemeinderat die sechs Mitglieder einer Kommission, die die Voraussetzung prüfen und vorbereiten soll, die in Wien für den Sitz weiterer internationaler Organisationen gegeben sind. Zu Kommissionsmitgliedern werden gewählt: die Gemeinderäte Franz Ascherl, Dkfm. Alfred Hintschig, Harry Jodlbauer, Maria Szöllösi (alle SPÖ), Nora Hiltl und Franz Walzer (beide ÖVP).

Weitere Wahlen

Im folgenden nimmt der Gemeinderat eine Reihe weiterer Wahlen vor. Und zwar werden gewählt:

An Stelle von Gemeinderat Kabesch als Schriftführer

GR. Dr. Krasser (ÖVP). An Stelle von GR. Weisz als Mitglied des Personalausschusses und der Gemeinderätlichen Personal-kommission GR. Kostelecky (SPÖ). An Stelle der GR. Lanc und Weisz als Mitglieder des Finanzausschusses die GR. Dkfm. Hinuschig und Ing. Hofstetter (beide SPÖ). An Stelle von GR. Liwanec als Mitglied des Kulturausschusses GR. Gawlik (SPÖ). An Stelle von GR. Kabesch als Mitglied des Wohlfahrtsausschusses GR. Dr. Krasser (ÖVP). An Stelle von GR. Gawlik als Mitglied des Gesundheitsausschusses GR. Busta (SPÖ). An Stelle von GR. Dkfm. Hinuschig als Mitglied des Ausschusses für Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten GR. Eder (SPÖ). An Stelle von GR. Ing. Hofstetter als Mitglied des Ausschusses für Öffentliche Einrichtungen GR. Stockinger (SPÖ). An Stelle von GR. Kostelecky als Mitglied des Ausschusses für Wirtschaftsangelegenheiten GR. Eder (SPÖ). An Stelle der GR. Lanc und Liwanec als Mitglieder des Ausschusses für Städtische Unternehmungen die GR. Busta und Stockinger (beide SPÖ). An Stelle von Stadtrat Gertrude Sandner als Mitglied des Kuratoriums des Fonds "Wiener Jugendhilfswerk" GR. Gawlik (SPÖ). An Stelle von GR. Kabesch als Mitglied des Vorstandes der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien GR. Dr. Bauer (ÖVP). An Stelle von GR. Weisz als Mitglied der Kommission zum Studium von Rationalisierungsmaßnahmen bei den städtischen Kranken- und Pflegeanstalten GR. Kostelecky (SPÖ). An Stelle von GR. Lanc als Mitglied der Kommission zum Studium der wirtschaftlichen und betrieblichen Verhältnisse bei den Wiener Stadtwerken-Verkehrsbetriebe GR. Busta. Zu Mitgliedern des Verwaltungsausschusses der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien werden schließlich auf Grund eines Vorschlages des Bürgermeisters GR. Dkfm. Dr. Ebert und Dkfm. Dr. Riedl gewählt.

Schule in Mauer wird vergrößert

Zum ersten Punkt der Tagesordnung, die Errichtung eines vierklassigen Erweiterungsbaues der Schule Bendagasse 1-2 in Mauer referiert GR. Herbert Mayr (SPÖ). Der 1963 fertigge-

stellte Schulneubau mit 20 Klassen war bereits so projektiert worden, daß eine Erweiterung um vier Klassen jederzeit möglich ist. Dies soll nun durch einen Zubau nach den Plänen des Architekten Dipl.-Ing. Wilhelm Hubatsch geschehen. Die Gesamtkosten für diesen Zubau betragen 2,3 Millionen Schilling.

In der Debatte erklärt GR. Dr. Hirnschall (FPÖ), Zweck dieses Antrages sei, die Folgen einer Fehlplanung zu beseitigen. Er kritisiert ferner die verspätete Einbringung dieses Antrages. Schon vor zwei Jahren habe der damalige Kulturstadtrat Mandl die Notwendigkeit dieses Erweiterungsbaues bestätigt. Eine Fehlplanung liege deshalb vor, weil bei der Projektierung eine viel zu niedrige Schülerzahl angenommen worden sei. Schon vor dem Bau hätten Lehrer, Eltern und Bezirksmandatäre darauf hingewiesen, daß der Raumbedarf größer sei als 20 Klassen. Kurz nach Fertigstellung habe sich dann herausgestellt, daß tatsächlich zu wenig Räume vorhanden seien, so daß vier Volksschulklassen im alten, abbruchreifen Schulgebäude untergebracht werden mußten. Inzwischen habe sich der Raummangel noch verschärft, da die Zahl der Klassen auf 27 gestiegen sei. Mit dem vierklassigen Erweiterungsbaue werde man jetzt also auch nicht das Auslangen finden, man hätte ihn gleichfalls größer projektieren und das neunte Schuljahr sowie die starke Bautätigkeit in Mauer berücksichtigen sollen. Trotzdem gebe die FPÖ-Fraktion dem Antrag ihre Zustimmung.

Im Schlußwort weist Berichterstatter GR. Herbert Mayr den Vorwurf der Fehlplanung zurück und erklärt, daß die Planung für diese Schule bereits vorher auf 24 Klassen abgestimmt war. Dies sei jedoch zurückgestellt worden, da in der Nähe der Bau einer Privatschule geplant gewesen sei. Mit dem vierklassigen Erweiterungsbaue werde man sehr wohl das Auslangen finden, da auch in der Mangasse in Mauer eine neue Schule gebaut werden soll.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Gemeinde fördert Festwoche des heiteren Films

GR. Aßcherl (SPÖ) referierte sodann einen Antrag auf Gewährung einer Subvention von 650.000 Schilling für die diesjährige Internationale Festwoche des heiteren Films in Wien, die sogenannte "Viennale". Er verwies auf den großen Erfolg dieser Veranstaltung und das weltweite Echo, das sie gefunden hat.

GR. Herbert Mayr (SPÖ) stellte in der Debatte fest, daß die Viennale in den früheren Jahren mehr Echo im Ausland als im Inland gefunden hat. Heuer ist das anders geworden. Die Berichterstattung der österreichischen Zeitungen war um zwei Drittel umfangreicher als in den Vorjahren. Zur Viennale wurden aus zehn west- und osteuropäischen Ländern Beiträge eingesandt, und aus aller Welt kamen prominente Filmschaffende persönlich nach Wien. Auch die Dichterlesung von Ephraim Kishon, die im Zusammenhang mit der Viennale veranstaltet wurde, fand größten Anklang. Die sogenannte Retrospektive mit Werken der Marx-Brothers wurde in den Zeitungen als sensationell bezeichnet. Der Redner sprach allen Mitarbeitern an der diesjährigen Viennale Dank und Anerkennung aus. In der darauffolgenden Abstimmung wurde die Vorlage einstimmig angenommen.

Bezirkszentrum Hernals

GR. Sagmeister (SPÖ) beantragte die Verlängerung der Bausperrung für das Gebiet zwischen Elterleinplatz, Hormayrgasse, Röttergasse und Kalvarienberggasse in Hernals.

GR. Walzer (ÖVP) stellte dazu fest, daß der diesbezügliche Beschluß die baurechtliche Voraussetzung für die Vorbereitungsarbeiten für ein Henalser Bezirkszentrum darstellt, das zur Aufwertung des Bezirkes nötig ist. Die städtebaulichen Aspekte dieses Projektes wurden in der Stadtplanungskommission vorberaten. Wo aber werden die wirtschaftlichen Auswirkungen eines solchen Zentrums geprüft? In alten Stadtteilen sind die Auswirkungen eines neuen Bezirkszentrums auf die wirtschaftliche Struktur viel schwerer überschaubar als in neuen Siedlungsgebieten.

Ein Bezirkszentrum benötigt auch ein Einkaufszentrum. Um eine Schädigung des eingewohnten Handels und Gewerbes zu ver-

meiden, müssen bei der Zusammenstellung der für das neue Ladenzentrum vorgesehenen Geschäfte vor allem jene Branchen berücksichtigt werden, die in der Umgebung noch nicht vorhanden sind. Auch jene Geschäftsleute, die wegen des Bauvorhabens abgesiedelt werden, sollen hier Ersatzlokale finden und eventuell Kredite bekommen können.

Dem Antrag wurde einstimmig stattgegeben.

Kinderkrankenpflegeschule im AKH

Stadtrat Dr. Glück brachte einen Antrag auf Errichtung einer Kinderkrankenpflegeschule im Allgemeinen Krankenhaus ein und erklärte in seinem Bericht, daß die beiden bestehenden Kinderkrankenpflegeschulen im Preyer'schen Kinderspital und in der Kinderklinik Glanzing über weniger Plätze verfügen, als Interessentinnen vorhanden sind. Dabei leidet die Universitätskinderklinik an Schwesternmangel. Rund ein Drittel der vorhandenen Schwestern haben kein Diplom, obwohl gerade in der Kinderkrankenpflege eine gründliche fachliche Ausbildung besonders wichtig ist.

Die neue Schule soll mit drei Klassen zu je 20 Schülerinnen geführt werden, für deren internatsmäßige Unterbringung gesorgt ist. Bis zur Fertigstellung des neuen Schulgebäudes kann die Schwesternschule provisorisch untergebracht werden. Im Oktober 1966 soll mit dem ersten Jahrgang begonnen werden. Für Personalkosten und Taschengelder werden heuer 45.000 Schilling erforderlich sein.

GR. Maller (KLS) stellt fest, daß mit der Errichtung einer Kinderkrankenpflegeschule einer wiederholten Forderung seiner Fraktion Rechnung getragen wird. Seine Fraktion hat es immer als bedauerlich erachtet, daß für Mädchen, die Säuglingschwester werden wollten, nicht die nötigen Schulplätze vorhanden waren und die Mädchen abgewiesen werden mußten. Ein Großteil dieser jungen Mädchen ließ sich nicht dazu umstimmen, die allgemeine Krankenpflege zu erlernen. Wir müssen uns jedoch im klaren sein, daß die Errichtung dieser Schule nur ein erster Schritt sein kann, dem viele weitere folgen müssen. Wien

braucht mindestens noch weitere hundert Ausbildungsplätze für Krankenschwestern, damit alle Interessentinnen aufgenommen werden können und in Zukunft nicht Krankenbetten aus Schwesternmangel unbelegt bleiben müssen. Man wird in den kommenden Wochen überhaupt alles unternehmen müssen, damit nicht eine große Zahl von Betten während der Urlaubszeit oder wegen Renovierungen stillgelegt werden muß.

Dem Antrag erteile die KLS-Fraktion gerne die Zustimmung. GR. Lehner (ÖVP) meint, daß niemand in diesem Saale sein wird, der die Errichtung der Krankenpflegeschule nicht mit Freude begrüßt. Es ist bekannt, daß es viel zu wenig junge Menschen gibt, die sich für den Beruf einer Krankenschwester entscheiden. Es ist daher notwendig, daß wir sie für diesen Beruf gewinnen und allen jenen, die sich dafür melden, die Möglichkeit bieten, sich gut ausbilden zu lassen. Die Errichtung dieser Krankenpflegeschule sei mit geringen Kosten verbunden, weil man im alten Haus geeignete Räume gefunden hat und diese nur adaptiert werden müssen. Wir müßten unsere Werbung für den Schwesternberuf verstärken und durch die Schaffung eines eigenen Gehaltsschemas, das den großen Anforderungen und Leistungen Rechnung trägt, einen Anreiz geben.

Der Redner schlägt vor, sich mit den Schulbehörden ins Einvernehmen zu setzen, ob nicht das neunte Schuljahr als erstes Jahr des Vorpraktiums gelten könnte. Auf die Erfolge unserer Kinderkrankenpflegeschulen, die überall große Anerkennung finden, können wir stolz sein. In Zukunft müßte man mit jedem neuen Krankenhaus gleichzeitig eine dazugehörige Schwesternschule errichten. Der Redner denkt in diesem Zusammenhang an die Errichtung des Krankenhauses Wien-Ost, denn gerade dort ist das Hinterland dazu geeignet, eine Schwesternschule zu errichten.

Wie der Redner feststellt, waren am 1. März in Wien 724 Betten wegen Personalmangel gesperrt. Von den 720 geistlichen Schwestern, die noch in unseren Spitälern arbeiten, waren mit 31. Dezember 146 bereits 65 Jahre alt und 50 bereits mehr als 70 Jahre. Wir können uns also ein Bild machen, wie es in wenigen Jahren auf dem Personalsektor ausschauen wird. ./.

Eine zufriedenstellende Führung des Betriebes der Krankenanstalten ist aber nur dann möglich, wenn wir eine Lösung zur Beseitigung des Schwesternmangels finden.

Dem vorliegenden Antrage werde die ÖVP-Fraktion gerne die Zustimmung erteilen.

GR. Dozent Dr. Gisel (SPÖ) erklärt, daß immer wieder davon gesprochen wird, daß die Frühgeburtensterblichkeit in Österreich höher ist als in anderen Ländern. Die Statistiken geben hier ein falsches Bild, weil die Grundlagen, auf denen die Frühgeburtenstatistik in den verschiedenen Ländern erstellt werden, sehr unterschiedlich geführt werden. Was in manchen Ländern noch als "frühgeboren" bezeichnet wird, ist in anderen Ländern von allem anfang an als totgeboren erklärt worden. Tatsächlich haben wir eine geringe Frühgeburtensterblichkeit.

Zu den Ausführungen von GR. Lehner stellt der Redner fest, Gespräche über Einbeziehung des neunten Schuljahres in ein Vorpraktikum werden mit dem Stadtschulrat bereits geführt. Seine Vorredner haben auch festgestellt, daß die Errichtung der geplanten Krankenpflegeschule sehr billig sei. Dazu muß man feststellen, daß die Ausbildung einer Krankenschwester viel Geld kostet. Jährlich werden für die Ausbildung unserer Krankenschwestern 8,5 bis 10 Millionen Schilling aufgewendet. Derzeit haben wir 550 Schwesternschülerinnen und 137 Schülerinnen im Vorpraktikum. Aus diesen Zahlen können wir die großen Bemühungen erkennen, die zur Gewinnung dieser Schülerinnen unternommen werden und auch die Tatsache, daß der Pessimismus, wir hätten viel zu wenig Schülerinnen, nicht zu Recht besteht. Trotzdem dürfen wir in unseren Anstrengungen nicht erlahmen, junge Menschen für diesen so wichtigen Beruf zu interessieren. Wir sind sehr froh, in Wien eine neue Kinderkrankenpflegeschule zu bekommen und stimmen dem Antrag gerne zu.

Stadtrat Dr. Glück sagt im Schlußwort es sei richtig, daß wir einige Mädchen, für die wir in unseren **Kinderkrankenpflege-**schulen keinen Platz hatten, abweisen mußten.

Ein Großteil der Mädchen konnte dazu bewogen werden, die allgemeinen Krankenpflegeschulen zu besuchen, einige sind uns aber durch die Abweisung verlorengegangen.

Zum Schwesternproblem: In den letzten Jahren ist auf diesem Sektor viel geschehen. Der sichtbarste Beweis dafür, sind die bereits fertiggestellten neuen Schwesternhäuser, andere sind noch im Bau oder in Planung. Auch er sei für ein eigenes Gehaltsschema für die Schwestern, das dem schweren Beruf Rechnung trägt. Es müßten auch Mittel und Wege gefunden werden, die uns außer einer ausreichenden Zahl von geschulten Schwestern genügend Hilfspersonal zu gewinnen ermöglichen.

Dozent Gisel hat recht, wenn er sagt, daß wir immer wieder etliche junge Mädchen für den Schwesternberuf gewinnen können. Der Stadtrat glaubt daher, daß wir mehr Schulen, vor allem in den Schwerpunktanstalten, brauchen. Wir werden uns vor allem dazu entschließen müssen, auch in Lainz eine Schwesternschule zu errichten. Alle Spitäler, die keine eigenen Schwesternschulen haben, werden die größten Schwierigkeiten bei der Personalbeschaffung haben.

Zur Frühgeborenensterblichkeit: Die diesbezüglichen Ausführungen von Dozent Gisel könne man nur unterstreichen. Man legt bei der Erstellung der Statistik in den einzelnen Ländern die verschiedensten Maßstäbe an.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Neue Gebühren für Krankentransporte

GR. Dozent Dr. Gisel (SPÖ) referiert sodann einen Antrag auf Festsetzung der Gebühren für Krankentransporte. Er stellt fest, daß durch ein Gesetz, das der Wiener Landtag im Vorjahr beschlossen hat, das bisherige Gesetz aus dem Jahre 1922 außer Wirksamkeit gesetzt wurde. Das neue Gesetz wurde mit 15. Dezember 1965 wirksam. Der Wiener Gemeinderat hat dann am 4. Februar 1966 einen Magistratsantrag beraten, der eine Transportkostenerhöhung zur Folge hatte. Die darnach herausgegebene Anweisung über die Handhabung soll jedoch nach Meinung der Juristen eine mißverständliche Auslegung möglich machen.

./.

Der Referent stellt deshalb den Antrag, der Wiener Gemeinderat wolle auf Grund der Ermächtigung des Rettungs- und Krankenbeförderungsgesetzes folgende Gebührenordnung beschließen:

1.) Für einen Krankentransport innerhalb des Gebietes der Stadt Wien ist, gleichgültig ob Tag- oder Nachtfahrt, eine Gebühr von 148 Schilling pro Patient zu entrichten. 2.) Für eine Intervention des Rettungsdienstes der Stadt Wien innerhalb des Gebietes der Stadt Wien, bei welcher der Patient an Ort und Stelle belassen wird, ist eine Gebühr von 97 Schilling pro Patient zu entrichten. 3.) Für einen Krankentransport nach oder von Orten außerhalb des Gebietes der Stadt Wien sowie für eine Intervention des Rettungsdienstes der Stadt Wien außerhalb des Gebietes der Stadt Wien ist eine Kilometergebühr von 7.30 Schilling für jeden Voll- und Leerkilometer (Hin- und Rückfahrt), mindestens jedoch eine Gebühr von 148 Schilling beziehungsweise 97 Schilling je Patient, zu entrichten.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) verweist darauf, daß dieser Antrag bereits am 4. Februar vom Gemeinderat gegen die Stimmen seiner Fraktion beschlossen wurde. Der Antrag stehe nun deshalb zum zweitenmal auf der Tagesordnung, weil anscheinend übersehen wurde, daß auf Grund des neuen Gesetzes die Gebühren nur mehr in Form einer Gebührenordnung festgesetzt werden können, die im Amtsblatt verlautbart werden müsse. In diesem Zusammenhang ergeben sich einige juristische Fragen. Der Text des Antrages enthält wieder nicht das Wort Gebührenordnung. Es ist auch nicht auf die gesetzlichen Grundlagen Bezug genommen und schließlich wird kein Wirksamkeitsbeginn genannt, so daß die rechtliche Grundlage für die Einhebung der Gebühren erst mit der Verlautbarung im Amtsblatt besteht. Seine Fraktion werde auch diesmal dem Antrag nicht zustimmen.

In seinem Schlußwort stellt GR. Dr. Gisel nochmals fest, er habe ausdrücklich den Antrag gestellt, der Wiener Gemeinderat wolle auf Grund der Ermächtigung des Gesetzes folgende Gebührenordnung beschließen. Auch die Verlautbarung im Amtsblatt wird dementsprechend formuliert sein.

Bei der Abstimmung wird die Gebührenordnung mit Stimmen von SPÖ, ÖVP und KLS angenommen.

Die 400 Millionen-Anleihe

Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) referiert über die Aufnahme einer Inlandsanleihe in der Höhe von 400 Millionen Schilling, die an die Wiener Stadtwerke weitergegeben werden soll. Der Referent erinnert daran, daß der Gemeinderat bereits 1961, 1962 und 1965 Anleihen zugunsten der Stadtwerke aufgelegt hat. Heute liegt nun der vierte Antrag für eine Investitionsanleihe vor. Im Zuge der Modernisierung und des Ausbaues von E-Werk, Gaswerk und Verkehrsbetrieben müssen die Stadtwerke eine Reihe außerordentlicher Investitionen durchführen. Diesem Zweck dient die Anleihe.

Ursprünglich wollte man eine 500 Millionen-Anleihe auflegen. Die Wünsche nach Anleihen waren aber so groß, daß das Finanzministerium Abstriche vornehmen mußte. Wir haben deshalb Übereinstimmung erzielt, daß die fehlenden 100 Millionen auf dem Kreditweg im Ausland besorgt werden sollen.

Die Wiener Anleihe enthält die selben Bedingungen wie die Bundesanleihe, die Verzinsung beträgt sechs Prozent, der Emissionskurs 97 Prozent, die Laufzeit beträgt 15 Jahre.

Gemeinderat Nekula (SPÖ) erinnert daran, daß sich die Gemeindeverwaltung im Jahr 1958 entschlossen habe, den Ausbau der Stadtwerke mit Fremdmitteln durchzuführen. Die heutige Anleihe setzt diese Entwicklung fort. Mit der Anleihe sollen unter anderem der Block V der E-Werke gebaut werden, dann Konvertierungsanlagen für die Gaswerke, die die Voraussetzung für die Gasentgiftung bilden. Der Ausbau des Hauptrohrnetzes wird die Möglichkeit für weitere Anschlüsse schaffen. Die Verkehrsbetriebe wollen um 99 Millionen Schilling Waggons bestellen, 31 Millionen sind für die Hauptwerkstätte, 10 Millionen für die schaffnerlosen Beiwagen vorgesehen. Für die Anschaffung von Großraumautobussen sind 9,5 Millionen Schilling gedacht.

Vizebürgermeister Slavik verzichtet auf das Schlußwort. Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

./.

Dritte Subventionsliste 1966

Vizebürgermeister Slavik legt sodann dem Gemeinderat die dritte Subventionsliste für 1966 vor. Sie sieht Subventionen in der Gesamthöhe von 1,703.500 Schilling für folgende Institutionen vor: Arbeitsgemeinschaft für den Wintersport-Unfalldienst in Wien (25.000 Schilling), Internationaler Sozialdienst in Österreich (30.000 Schilling), Österreichische Gesellschaft für internationale Kinderdörfer (50.000 Schilling), Österreichische Gesellschaft vom Roten Kreuz, Landesverband Wien (120.000 Schilling), Wiener Institut für Entwicklungsfragen (500.000 Schilling), Verein "Schülerheime" (728.500 Schilling), Evangelischer Verein für innere Mission in Wien, Niederösterreich und Burgenland (250.000 Schilling).

Gemeinderat Dr. Schmid (FPÖ) verlangt in der Debatte getrennte Abstimmung über die Subvention für das Wiener Institut für Entwicklungsfragen. Wie er sagt, hat dieses Institut innerhalb eines halben Jahres bereits zum zweiten Mal eine Subvention in Höhe von 500.000 Schilling erhalten, insgesamt also eine Million Schilling. Die FPÖ-Fraktion sei in dieser Angelegenheit anderer Auffassung als der Berichterstatter, da sie für die direkte Entwicklungshilfe eintritt und der Meinung ist, daß statt dessen nicht eine bürokratische Institution subventioniert werden sollte. Die schon bei der letzten Subvention gegebene Begründung - Information der Bevölkerung durch Wanderausstellung und Filme - werde heute wiederholt. Für diese Tätigkeit sollte nicht so viel Geld aufgewendet werden. Es wäre zum Beispiel wesentlich besser, den Hunger in Indien mit Hilfe direkter Spenden zu mildern, als eine Ausstellung darüber zu finanzieren.

Im Schlußwort betonte Vizebürgermeister Slavik, daß die beiden Subventionen für das Wiener Institut für Entwicklungsfragen nicht für ein halbes Jahr, sondern für zwei Jahre bestimmt sind. Dieses Institut trägt dazu bei, daß der Name unserer Stadt nicht nur in den Entwicklungsländern, sondern überall in der Welt genannt wird, und Österreich dadurch in den Entwicklungsländern einen guten Ruf bekommt, der uns die Anbahnung von wirtschaftlichen Kontakten wesentlich erleichtert. Außerdem erwachsen daraus nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Vorteile für Wien und Österreich. ./.

Da der Berichterstatter nichts gegen eine getrennte Abstimmung einzuwenden hat, wird auf diese Weise abgestimmt. Der Subventionsantrag für das Institut für Entwicklungsfragen wird mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und KLS, der Antrag für alle übrigen Subventionsnehmer einstimmig angenommen.

Wien bekommt eine große Kunsteislaufhalle

Gemeinderat Ascherl (SPÖ) referiert sodann über den geplanten Umbau der großen Ausstellungshalle im Donaupark in eine Kunsteislaufhalle. Bekanntlich werden 1967 die Eishockeyweltmeisterschaften in Wien abgehalten. Da die Kunsteisbahn in der Stadthalle dafür nicht ausreichen würde, soll nun der Umbau im Donaupark vorgenommen werden. In der großen Ausstellungshalle, deren Boden nicht fundiert ist, soll eine Bodenplatte aus Stahlbeton **eingezogen** werden, auf der die 26 mal 56 Meter große Eisfläche angelegt wird. Rund um die Kunsteisbahn werden Stahlrohrtribünen für 2.600 Besucher errichtet, ferner sollen Sportler- und Publikumsgarderoben sowie die notwendigen Nebenräume und ein Kassentrakt gebaut werden. Die Kosten dafür betragen 25 Millionen Schilling, als erste Baurate für 1966 sind 18 Millionen Schilling vorgesehen.

In der Debatte begrüßen alle drei Redner, nämlich die Gemeinderäte Lauscher (KLS), Dipl.-Ing. Dr. Strunz (ÖVP) und Ing. Hofmann (SPÖ), den Antrag.

Gemeinderat Lauscher fordert in seinem Debattenbeitrag, daß die Benützungsgebühr für die neue Eishalle so niedrig gehalten sein müsse, daß sich die Vereine die Benützung auch leisten können. Eine kommerzielle Führung der Halle dürfe daher nicht in Frage kommen. Sollte die Stadthallengesellschaft die Führung der Halle übernehmen, dann müssten ihr dafür Subventionen gewährt werden.

Gemeinderat Dipl.-Ing. Dr. Strunz beschäftigt sich gleichfalls mit der Frage der Benützungskosten, die für die nicht sehr hoch subventionierten Vereine niedrig sein müssten - auf keinen Fall so hoch wie in der C-Halle der Stadthalle (337 Schilling für 50 Minuten) oder beim Engelmann (450 Schilling für zweieinhalb Stunden).

Vor allem durch den Mangel an Trainingsmöglichkeiten, so meint GR. Dr. Strunz ferner, sei die Entwicklung des Eishockeysports in Wien zurückgegangen. Während es in der Zeit zwischen 1924 und 1928 17 Eishockeyvereine in Wien gegeben habe, bestehen heute nur mehr vier. In den Zwanzigerjahren gelang es, die Europameisterschaften zu gewinnen, in den ersten Jahren nach 1945 errangen wir sogar einen dritten Platz in der Weltmeisterschaft. Damals konnten aber auf dem Wiener Eislaufverein auch zehn Mannschaften kostenlos trainieren.

GR. Ing. Hofmann dankt als Sprecher der Bevölkerung der Umgebung des Donauparkes für den Umbau der Halle und gibt seiner Freude Ausdruck, daß die neue Halle nicht nur für die Weltmeisterschaft dienen soll, sondern eine ständige Einrichtung sein wird.

Die Überlegungen, daß man aus der Halle im Donaupark eine Eishalle machen könnte, wurden schon während der Errichtung der WIG 64 angestellt. Überdies wirken bei diesen Vorhaben drei Überlegungen zusammen: Erstens wird dadurch dem Gedanken des Städtebaulichen Grundkonzeptes Rechnung getragen, das eine Aufwertung der Gebiete links der Donau vorsieht. Wenn dort nun ein Hallenbad und eine Eislaufhalle entstehen, bedeutet dies keinen Schlußstrich unter die Entwicklung, aber einen wichtigen Meilenstein bei der Verwirklichung dieses Konzeptes. Zweitens gehört die Eishalle zum Ausbauprogramm der Sportstätten Wiens. Wenn nun von den in der Olympia-Debatte immer wieder zitierten Sportbauten eine nach der anderen verwirklicht wird, ist das ein Beweis dafür, daß die behauptete mangelnde Olympiareife Wiens nur ein Vorwand der ÖVP in der Bundesregierung war, um die Durchführung der Olympischen Sommerspiele 1972 in Wien zu vereiteln.

Da viele der geplanten Sportstätten auch gesamtösterreichischen Veranstaltungen dienen werden, muß man vom Bund verlangen, daß er sich stärker bei deren Finanzierung beteiligt. Von den 25 Millionen für die neue Eishalle will der Bund beispielsweise nur zwei Millionen zahlen.

Drittens wird in dem Projekt auch der Aufgabe Wiens als Mittler in der Welt Rechnung getragen. Denn sie ermöglicht inter-

nationale Veranstaltungen und Wien ist in besonderem Maße dazu prädestiniert, Stätte der Begegnung zwischen West und Ost, Nord und Süd zu sein.

GR. Ascherl (SPÖ) stellte in seinem Schlußwort fest, daß hier nur der Umbau der Halle beschlossen werden soll, nicht aber die Höhe der Benützungsgebühren. Es ist richtig, daß die ÖVP am 25. Juni 1965 einen Antrag eingebracht hat, die Halle im Donaupark zu einer Kunsteisbahn umzuwandeln. Für die Sportstelle der Stadt Wien war diese Anregung zu diesem Zeitpunkt jedoch keineswegs etwas Neues. Schon am 2. September 1964 hat die Sportstelle dem damaligen Kulturstadtrat die verschiedenen Möglichkeiten des Einbaus einer Kunsteisbahn unterbreitet. Am 9. September 1964 fand in dieser Sache eine Besprechung zwischen den Stadträten Glaserer, Heller und den Vertretern des Finanzressorts und der Sportstelle statt. Am 1. April 1965 wurde vom Eishockey-Weltverband die Bedingung gestellt, daß alle Bewerbe der Weltmeisterschaften 1967 in gedeckten Hallen durchgeführt werden müssen und Wien mußte dem Rechnung tragen, wenn es sich um die Durchführung dieser Konkurrenz bewerben wollte. Erst am darauffolgenden 25. Juni hat die ÖVP ihren diesbezüglichen Antrag eingebracht.

Die Vorlage wurde einstimmig angenommen.

Sportförderung

GR. Julius Fischer (SPÖ) beantragte eine Reihe von Subventionen für Sportverbände und sportliche Großveranstaltungen in Wien. Demnach sollen der Wiener Arbeiter-Turn- und Sportverein 180.000 Schilling, die Landesorganisation Wien der Österreichischen Turn- und Sportunion 390.000 Schilling, der Österreichische Fechtverband für die Jugend-Weltmeisterschaften in Fechten 1966 bis zu 100.000 Schilling und der Wiener ASKÖ für sein Bundessportfest 1967 bis zu 600.000 Schilling erhalten.

In der Debatte kritisiert GR. Peter (FPÖ) diese Subventionsliste als einseitig und bemängelt, daß der Österreichische Turnerbund wieder leer ausgehen soll. Man könne die Staatsbürger nicht nach zweierlei Maß messen. Man müßte

den Turnerbund ebenso wie andere Vereine behandeln. Der Redner appelliert an die ÖVP-Fraktion, deren Bundeskanzler im Fernsehen anlässlich des Wahlsieges seiner Partei auch den Nationalen und Freiheitlichen für ihre Stimme gedankt hat, diesen Nationalen und Freiheitlichen dadurch zu danken, daß man zum Beispiel den Antrag um Gewährung einer Subvention unterstützt. Aber leider, vom Fernsehgespräch bis zum Gemeinderatssaal ist ein weiter Weg. Trotzdem erlaube er sich, den Antrag auf Gewährung einer Subvention an den Turnerbund vorzulegen.

GR. Herbert Mayr (SPÖ) zitiert einige Berichte aus der Monatszeitung des Österreichischen Turnerbundes. Bei ihrer Durchsicht kommt man zu der Feststellung, daß die Erziehung in dieser Organisation nicht zum Österreicher geschieht. Wir haben daher keine Ursache, diesen Bund zu subventionieren. In der Februarnummer liest man zum Beispiel "Der künstliche Begriff t österreichische Nation entbehrt jeder Fatina. Er ist eine Erfindung der Zweiten Republik". In der Nummer "Eismonat 1966" lesen wir "Wir wollen deutsches Wesen mehren ...", oder "Wir werden bis zum letzten Atemzug nicht ablassen und uns unsere deutsche Abstammung von keiner Macht nehmen lassen ...". Sie lehnen aber nicht nur die österreichische Nation ab, sie bekennen sich auch zum deutschen Staat und schreiben "Gebt uns Deutschland zurück ..." usw. So lange ein solcher Geist in einer Organisation herrscht, sind wir außerstande, diese Organisation zu subventionieren. Dem vorliegenden Geschäftstück werden die Sozialisten zustimmen.

GR. Julius Fischer zitiert im Schlußwort gleichfalls einige Stellen aus der Turnerzeitung, die keinesfalls auf die demokratische Einstellung des Vereines hinweisen. Er bittet daher den Zusatzantrag von GR. Peter abzuweisen.

Bei der Abstimmung wurde der Zusatzantrag nicht angenommen. Der Antrag des Referenten wurde mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und KLS angenommen.

Gewährung von Schüler-Freikarten auch für Schüler des Poly-
technischen Lehrganges

Gemeinderat Dipl.-Volkswirt Karoline Pluskal (SPÖ) referierte einen Antrag, das von der Magistratsabteilung 56 vorgelegte Regulativ, betreffend die Gewährung von Schüler-Freikarten auf städtischen Verkehrsmitteln zu genehmigen. Es soll mit Beginn des Schuljahres 1966/67 in Kraft treten. Infolge des neunten Schuljahres wird es notwendig, auch diese Schüler in das Regulativ einzubeziehen. Sie bittet um Annahme des Antrages.

Gemeinderat Peter (FPÖ) stellt fest, seine Fraktion stimme diesem Antrag vorbehaltlos zu. Er möchte jedoch in diesem Zusammenhang auf die alte Forderung seiner Fraktion aufmerksam machen, daß die Spesen der Sozialtarife, die über das auch in anderen Großstädten übliche Maß des Mengenrabattes hinausgehen, von der Hoheitsverwaltung den Verkehrsbetrieben ersetzt werden. Die Sozialtarife dürften nicht abgeschafft werden, aber die Belastungen, die dadurch entstehen, müßten von den Verkehrsbetrieben genommen werden.

Gemeinderat Müller (SPÖ) verweist darauf, daß das vorliegende Geschäftsstück gleichfalls zu den Vorbereitungen zählt, die die Stadt Wien tätigt, um einen klaglosen Start des neunten Schuljahres zu gewährleisten. Zum Unterschied von anderen Bundesländern hat sich das Land Wien von Anfang an bemüht, alle Voraussetzungen zu schaffen, um diesen Teil des Schulgesetzes des Jahres 1962 erfüllen zu können. Wir haben nicht nur die notwendige Anzahl von Lehrern rechtzeitig bereitgestellt, wir haben auch den notwendigen Schulraum geschaffen und die erforderlichen Mittel rechtzeitig zur Verfügung gestellt. Dieses neunte Schuljahr wird es ermöglichen, daß die Schulabgänger eine bessere Grundausbildung erhalten, Selbstverständlich werden die Mädchen und Buben genauso behandelt werden wie alle anderen Pflichtschüler und dazu gehört auch, daß sie die selben Fahrbegünstigungen erhalten.

Die Schulverwaltung muß die Kosten für die Schülerfreikarten den Verkehrsbetrieben abgelten. Bisher waren es 1,3 Millionen Schilling jährlich. Dieser Betrag wird sich voraussichtlich auf 1,5 Millionen Schilling pro Jahr erhöhen.

./.

22. April 1966

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1007

Abschließend erklärte der Redner, die zukünftige Regelung beweist wieder einmal, daß die Gemeindeverwaltung von sozialer Gesinnung und Familienförderung nicht nur redet sondern stets auch so handelt. Er begrüßt diesen Antrag und erklärt namens seiner Fraktion die Zustimmung.

Im Schlußwort ersucht Gemeinderat Karoline Pluskal nochmals um Annahme des Antrages.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt: der Vorsitzende Gemeinderat Dr. Bohmann schließt die Sitzung.

- - -

Gesucht: das wirtschaftspolitisch erzieherische Jugendbuch
=====

Zentralsparkasse schreibt 60.000 Schilling-Autorenwettbewerb aus

22. April (RK) In einer Pressekonferenz im Hauptgebäude der Zentralsparkasse wurden heute vormittag Zweck und Absicht eines Autorenwettbewerbes erläutert, den die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien und der Verlag "Jungbrunnen" gemeinsam durchführen. Man will mit diesem Wettbewerb Schriftsteller anregen, Jugendbücher zu verfassen, die Verständnis für das Wirtschaftsleben und für den Spargedanken wecken.

Ressortleiter Karl Damisch erinnerte in seinem Referat daran, daß die Zentralsparkasse und der Jungbrunnenverlag schon vor zwei Jahren einen Jugendbuchwettbewerb ausgeschrieben haben. Die drei Werke, die damals die Preise davontrugen, hatten auch in anderen Konkurrenzen Erfolge. Beispielsweise hat das Buch von Mira Lobe "Die Omama im Apfelbaum", dessen Erscheinen durch die Zentralsparkasse mit ermöglicht worden war, sowohl den österreichischen Staatspreis als auch den Jugendbuchpreis der Stadt Wien erhalten. Durch diese Erfolge ermutigt, hat man sich heuer zu einer Wiederholung dieses **Autorenwettbewerbes entschlossen.**

Diesmal sollen die Bücher der wirtschaftlichen Erziehung gewidmet sein. Gesucht werden Werke, die dem Fassungsvermögen von Dreizehn- bis Fünfzehnjährigen, also von Schülerinnen und Schülern der letzten Hauptschulklassen, der Polytechnischen Lehrgänge sowie der allgemeinbildenden und berufsbildenden Mittelschulen angepaßt sind. Die Jugendbuchautoren sollen vor allem den Beweis dafür erbringen, daß Bücher, die den Spargedanken und das volkswirtschaftliche Verständnis fördern, keineswegs lehrhaft oder trocken sein müssen. Durch eine möglichst lebendige, lebensnahe Darstellung soll das Interesse der Jugendlichen, das sich heute vornehmlich der Technik zuwendet, auch auf die wirtschaftlichen Vorgänge hingelenkt werden.

Erfolg der Sparerziehung: 160.000 "Z"-Jugendsparer

Ressortleiter Damisch unterstrich die Bedeutung der volkswirtschaftlichen Erziehung der Heranwachsenden und verwies auf die Erfolge, die die Zentralsparkasse auf dem Gebiet der Sparerziehung verzeichnen kann. Nicht weniger als 160.000 Kinder und Jugendliche haben derzeit ein Sparbuch dieses Instituts. Es sei aber zu bedauern, daß die vorhandene Jugendliteratur sich nur zum geringsten Teil mit Wirtschaftsthemen beschäftige; ist doch eine nationalökonomisch vernünftige Haltung der Bevölkerung eine Voraussetzung einer blühenden Wirtschaft und diese ist wiederum eine der wichtigsten Grundlagen für das kulturelle Leben.

Landesschulinspektor Dr. Schnell begrüßte als Sprecher der Wiener Schulbehörde diesen Wettbewerb und verwies auf die Wirkungsmöglichkeiten des guten Jugendbuches, das einen großen Einfluß auf das wirtschaftlich richtige Handeln der jungen Generation nehmen könne.

Der Leiter des Jungbrunnenverlages, Dkfm. Biak, erläuterte die Wettbewerbsbedingungen: Vergeben werden ein erster Preis zu 20.000 Schilling, ein zweiter Preis zu 15.000 Schilling, ein dritter Preis zu 10.000 Schilling und zehn Anerkennungspreise zu je 1.500 Schilling. Die Manuskripte sollen 150 bis 250 Maschinschreibseiten umfassen, müssen beim Verlag Jungbrunnen, 1, Rauhensteingasse 5, in zweifacher Ausfertigung eingereicht werden und mit dem Kennwort: "Wirtschaftsdenken" versehen sein. Name, Anschrift und Geburtsjahr des Autors sind in einem geschlossenen Kuvert beizufügen. Einsendeschluß ist der 28. Februar 1967. Teilnahmeberechtigt sind alle Autoren, die ihren ständigen Wohnsitz in Österreich haben.

Dkfm. Biak gab schließlich der Hoffnung Ausdruck, daß dieser Wettbewerb auch neue schriftstellerische Talente auf den Plan rufen werde, für die die zehn Anerkennungspreise von 1.500 Schilling vor allem gedacht seien. Er dankte der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien und den Wiener Schulbehörden für die finanzielle beziehungsweise ideelle Unterstützung dieses Autorenwettbewerbes.